



© Thomas Hutter

# «Wirtschaft & Politik aktuell»

Ausgabe für Lehrpersonen

---

Selbstbestimmungsinitiative

Ausgabe 11, 2018

Raphael Capaul und Roman Capaul

---





© by KLV Verlag AG

**Alle Rechte vorbehalten**

Trotz intensiver Nachforschungen gelang es uns nicht in allen Fällen, die Rechteinhaber zu ermitteln. Wir bitten diese, sich mit dem Verlag in Verbindung zu setzen. Meldung bitte direkt an den Verlag: [rechte@klv.ch](mailto:rechte@klv.ch) oder Telefon 071 845 20 10.

**Layout und Cover:** KLV Verlag AG

Ausgabe 11, 2018

**KLV Verlag AG** | Quellenstrasse 4e | 9402 Mörschwil  
Telefon +41 71 845 20 10 | Fax +41 71 845 20 91  
[info@klv.ch](mailto:info@klv.ch) | [www.klv.ch](http://www.klv.ch)

## «Wirtschaft & Politik aktuell»

**Sehr geehrte Kollegin  
Sehr geehrter Kollege**

w&p aktuell



Ein zentrales Bildungsziel der Wirtschaftsfächer in der Sekundarstufe II ist die Ausbildung der Schülerinnen und Schüler zu mündigen Wirtschaftsbürgerinnen und Wirtschaftsbürgern. Die Schülerinnen und Schüler sollen zu aktuellen Themen eine eigene, fundierte Meinung entwickeln können. Mit unserem Unterricht fördern wir die Fähigkeit zum selbstständigen Urteilen in anspruchsvollen, wirtschaftspolitischen Fragestellungen. Für unseren Rechtsstaat ist dies ein essenzielles Anliegen. Oder wie es Milton Friedman einmal sagte: «Eine stabile und demokratische Gesellschaft kann ohne ein Minimum an Bildung und Wissen bei der Mehrheit ihrer Bürgerinnen und Bürger und ohne weitgehend akzeptierte allgemeine Werte nicht existieren.»

Unsere Demokratie ist ein kostbares Gut. Sie entwickelt sich laufend dynamisch weiter. Die Fragestellungen werden immer komplexer und kontroverser. Patentlösungen gibt es in der Regel keine. Es gilt, Zielkonflikte abzuwägen. Wir können die Jugendlichen mit unserem Unterricht motivieren und befähigen, an den herausfordernden Fragestellungen zu partizipieren. Ziel sollte es sein, dass die Jugendlichen bereit (Haltung) und fähig (Wissen) sind, Verantwortung für die aktive und konstruktive Entwicklung unseres Rechtsstaates zu übernehmen. Dem KLV Verlag, economiesuisse sowie dem Institut für Wirtschaftspädagogik (IWP-HSG) ist dieses Anliegen sehr wichtig. Wir haben uns deshalb zusammengeschlossen, um halbjährlich ein relevantes wirtschaftspolitisches Thema so aufzubereiten, dass es während 90 Minuten im Unterricht umgesetzt werden kann. Die Unterrichtseinheit ist direkt einsatzbereit und wird Ihnen kostenlos zur Verfügung gestellt. Selbstverständlich können Sie als Lehrperson die Vorlagen nach eigenem Ermessen weiterentwickeln und auf die eigene Unterrichtssituation anpassen.

Bei der Ausgestaltung der Unterrichtseinheit sind uns folgende Aspekte wichtig:

1. Die Fragestellung wird aus mehreren Perspektiven beleuchtet.
2. Normative Fragen werden offengelegt.
3. Der Umgang mit Quellen geschieht sorgfältig.
4. Das für die Entscheidungsfähigkeit relevante Wissen wird aufbereitet.
5. Die gehaltvolle Argumentation und Diskussion während der Unterrichtssequenz haben einen hohen Stellenwert.

Wir wünschen Ihnen interessante Lektionen mit unseren Unterlagen. Für Anregungen und Rückmeldungen sind wir Ihnen sehr dankbar.

Bitte richten Sie diese an [roman.capaul@unisg.ch](mailto:roman.capaul@unisg.ch).

Freundliche Grüsse

Prof. Dr. Roman Capaul

## «Wirtschaft & Politik aktuell»: Selbstbestimmungsinitiative

### Selbstbestimmungsinitiative

Vorschlag für eine Unterrichtsdisposition (90 Minuten)

w&p aktuell



Inhalt	Methode/Hilfsmittel	Zeit
<b>Einstieg und Sensibilisierung</b>	Video, Umfrage Klassenstunde und Masseneinwanderungsinitiative (Folien 2 bis 4)	10 Min.
<b>Ausgangslage Auftrag 1</b>	Text Lehrerunterlage und Folie 5	10 Min.
<b>Ziele und Massnahmen der Initiative</b>	Erläuterung mit Folien 6 und 7	10 Min.
<b>Aufträge 2, 4: Text 1</b> «Ja zur Selbstbestimmung – Ja zur Direkten Demokratie»	Text lesen, besprechen in Halb- klasse und Leitfragen beantworten (Folien 8 und 9)	30 Min.
<b>Aufträge 3, 5: Text 2</b> «economiesuisse»	Text lesen, besprechen in Halb- klasse und Leitfragen beantworten (Folien 10 und 11)	
<b>Auftrag 6</b> Diskussion von Pro und Contra	Gegenüberstellung von Pro- und Contra-Argumenten in Diskus- sionsrunde, evtl. Video	20 Min.
<b>Zusammenfassung und Schluss- folgerungen</b>	Umfrage (Folien 12 bis 14)	10 Min.
		90 Min.

# «Wirtschaft & Politik aktuell»

## 1 Einstieg

### Hinweis:

Dies sind mögliche Videos für einen Einstieg in die Thematik.

Eine kurze Umfrage zur Ermittlung der Position der Klasse vor Behandlung der Unterlagen soll anschliessend durchgeführt werden. Am Ende wird die Umfrage wiederholt, um Meinungsänderungen etc. zu verdeutlichen.

Bundesrat zur Selbstbestimmungsinitiative (25.09.2018)

<https://tp.srgssr.ch/p/portal?urn=urn%3Asrf%3Avideo%3A5e7fe907-b2ec-43d6-bd55-b267d0854519&autoplay=true&legacy=true&width=640&height=360&playerType=>

Weitere mögliche Videos:

«Kampf um Selbstbestimmung» (25.05.2018)

<https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/kampf-um-selbstbestimmung?id=7615bb03-1821-46afb09e-04272762768b&station=69e8ac16-4327-4af4-b873-fd5cd6e895a7>

«Schweizer Recht vor Völkerrecht» (10.03.2018)

<https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/schweizer-recht-vor-voelkerrecht?id=635a42cc-8cad-48ac-bdf1-b7371e43751a&station=69e8ac16-4327-4af4-b873-fd5cd6e895a7>

Das dritte Video kann evtl. später gezeigt werden, nachdem Auftrag 1 und 2 bearbeitet wurden. Idealerweise dient es als Einstieg für die Diskussionsrunde.

### Umfrage in der Klasse

Wie würden Sie jetzt mit dem momentanem Vorwissen abstimmen?

Ja	Nein	Enthaltung

### Klassenstunde

Einmal wöchentlich hält Ihre Klasse eine Klassenstunde ab, welche sich dem Innenleben der Klasse widmet. Ihre Lehrperson und jegliche weiteren Autoritätspersonen halten sich dabei jeweils im Hintergrund, da die Klasse unter sich diskutieren und allfällige Traktanden demokratisch abhandeln soll. Ihre Mitschülerin Franziska Frechdachs schlägt vor, demokratisch abzustimmen, welche(r) MitschülerIn verprügelt werden soll.

Wie stehen Sie zu diesem Verfahren? Begründen Sie Ihre Wahl.

- Das Verfahren ist völlig legitim, da die Klasse aus mündigen Subjekten besteht, welche durch eine demokratische Abstimmung einen Mehrheitsentscheid treffen.
- Die Abstimmung lässt sich nicht mit den Regeln der Schulleitung vereinbaren. Es gilt, die Regeln der Schulleitung zu beachten, welche die Unversehrtheit der Schüler schützt.

## «Wirtschaft & Politik aktuell»

---

### **Masseneinwanderungsinitiative**

Das Schweizer Stimmvolk hat am 9. Februar 2014 die Masseneinwanderungsinitiative angenommen. Der Verfassungstext verpflichtet Bundesrat und Parlament, innert dreier Jahre ein neues Zulassungssystem einzuführen, welches der Schweiz künftig ermöglicht, die Zuwanderung zu steuern. Der Bundesrat hatte bereits vor der Abstimmung darauf hingewiesen, dass dieser neue Verfassungsartikel nicht mit dem Freizügigkeitsabkommen (FZA) mit der Europäischen Union (EU) vereinbar ist, und damit auch nicht mit den Bilateralen Verträgen. Welche Umsetzung bevorzugen Sie? Begründen Sie Ihre Wahl.

- a) Eine Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, die kompatibel mit dem Freizügigkeitsabkommen und den Bilateralen Verträgen ist, den Zuwanderungsartikel in der Verfassung allerdings nicht vollständig umsetzt.
- b) Die wortgetreue Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, ohne Rücksicht auf Verlust hinsichtlich internationaler Verträge.

## «Wirtschaft & Politik aktuell»

### 2 Ausgangslage: Welches sind die Beweggründe der Initianten?

Quelle: Botschaft des Bundesrates als PDF auf

<https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2017/5355.pdf>

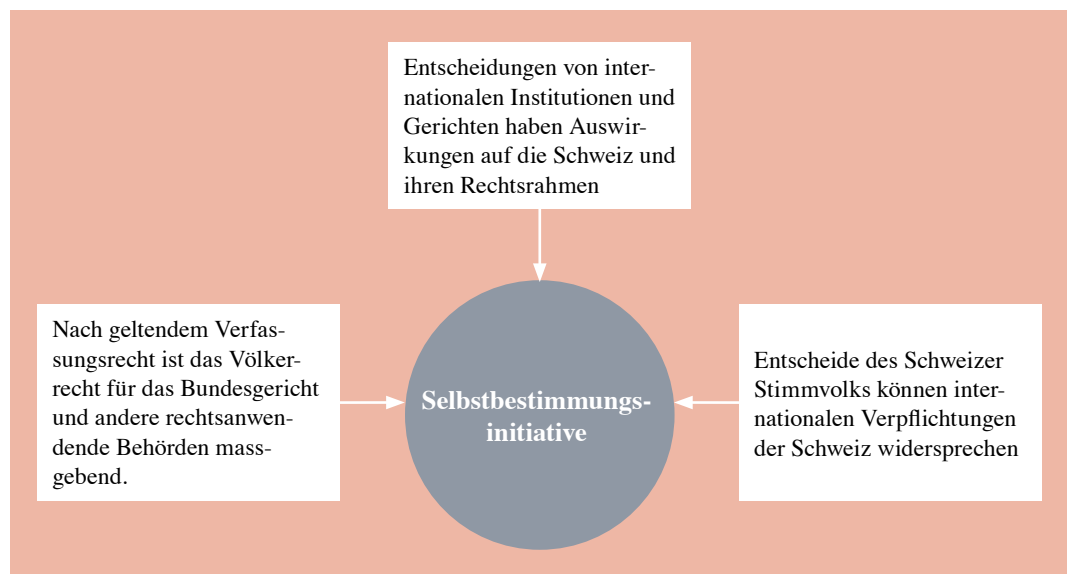
Argumentation SVP:

[https://www.svp.ch/wp-content/uploads/Argumentarium\\_Selbstbestimmungsinitiative-d-2.pdf](https://www.svp.ch/wp-content/uploads/Argumentarium_Selbstbestimmungsinitiative-d-2.pdf)

#### Auftrag 1: Weshalb ist eine Reform notwendig?

Informieren Sie sich über die treibenden Faktoren, welche die Initianten zur Lancierung der Initiative veranlasst haben.

#### Grafik 1: Treibende Kräfte für die Initiative



Quelle: eigene Darstellung

#### Das Wichtigste in Kürze

Nach geltendem Verfassungsrecht ist das Völkerrecht für das Bundesgericht und die anderen rechtsanwendenden Behörden massgebend. Völkerrecht ist also grundsätzlich auch dann anzuwenden, wenn es mit dem Verfassungsrecht im Konflikt steht. Laut Selbstbestimmungsinitiative würde der Bundesverfassung ein genereller Vorrang eingeräumt werden gegenüber dem Völkerrecht (ausser in Fällen von zwingendem Völkerrecht, z. B. Folterverbot). Künftig wären nur noch diejenigen völkerrechtlichen Verträge massgebend, deren Genehmigungsbeschluss dem Referendum unterstanden hat. Die Behörden sollen verpflichtet werden, der Verfassung widersprechende völkerrechtliche Verträge anzupassen und nötigenfalls zu kündigen.

Die Selbstbestimmungsinitiative wurde von der rechtspopulistischen Partei SVP lanciert. Als Motivation wird die Initiative als «Schweizer Recht statt fremde Richter» betitelt. Die anderen grossen Parteien von links bis bürgerlich sowie zahlreiche weitere Organisationen haben sich gegen die Selbstbestimmungsinitiative ausgesprochen. Die Initiative weise innere Widersprüche auf. Eine Annahme habe negative aussenpolitische und wirtschaftliche Konsequenzen auf Grund von Rechts- und Planungsunsicherheit. Auch der Aspekt der Menschenrechte sei problematisch. Von bestimmten Gegnern wird die Initiative deshalb auch als «Anti-Völkerrechts-Initiative» betitelt. Auch der Bundesrat empfiehlt, die Initiative abzulehnen. Die Vorlage kommt am 25. November 2018 zur Abstimmung.

## «Wirtschaft & Politik aktuell»

### Politischer Kontext

Einige Initiativen der SVP tangieren das Völkerrecht. Gewisse Initiativen konnten nur so weit umgesetzt werden, dass sie dem internationalen Recht nicht widersprechen. Insbesondere nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative (2014) ging in der Schweiz eine hitzige Kontroverse los, weil die bilateralen Verhandlungen mit der EU neu ausgehandelt werden müssen. Ein lanciertes Referendum gegen die Umsetzung scheiterte jedoch klar an den notwendigen 50 000 Unterschriften. Auf diesem Hintergrund lancierte die SVP im März 2015 die Selbstbestimmungsinitiative.

### Exkurs: grundlegende Begriffe

#### *Direkte Demokratie*

Im Entscheidungssystem der Schweiz wirken Regierung, Parlament und Volk zusammen. Dem Volk kommt mit dem Initiativ- und Referendumsrecht die höchste demokratische Legitimation zu. Das Volk behält die Mitwirkung und Letztentscheidung in allen wichtigen Politikfragen, die auf Verfassungsstufe zu lösen sind (obligatorisches Referendum und Volksinitiative). Auch auf der Ebene der Gesetzte oder eines Bundesbeschlusses gibt es die Möglichkeit des fakultativen Referendums.

Evtl. Video → <https://www.srf.ch/play/tv/news-clip/video/direkte-demokratie-in-der-schweiz?id=0b515c2d-5c87-4c48-a64f-89a814510160>

<https://www.eda.admin.ch/aboutswitzerland/de/home/politik/uebersicht/direkte-demokratie.html>

#### *Schweizer Rechtsordnung*

Die Bundesverfassung ist der Grundstein der Schweizer Rechtsordnung. Gesetze wurzeln in der Verfassung und führen die Verfassungsartikel genauer aus. Verordnungen führen wiederum Gesetze genauer aus.

#### *Verfassungsgerichtsbarkeit*

Verfassungsgerichtsbarkeit ist die Überprüfung, ob Gesetze etc. mit der Verfassung vereinbar sind. Falls eine Verfassungsgerichtsbarkeit vorherrscht, gibt es eine unabhängige Instanz, die entsprechende Prüfungen vornimmt. Die Verfassungsgerichtsbarkeit ist dazu gedacht, die Bürger vor unrechtmässigen Eingriffen des Staates zu schützen. In der Schweiz gibt es keine Verfassungsgerichtsbarkeit, die davor schützt, dass Bundesgesetzte durch die Grundrechte geschützten Freiheiten verletzen.

#### *Völkerrecht*

Völkerrecht sind Verträge zwischen zwei oder mehreren Staaten. Die Schweiz ist gegenwärtig an rund 45 000 internationale Verträge gebunden.

Evtl. Video → <https://www.youtube.com/watch?v=I4vu1BJNElg>

#### *Menschenrechte*

Menschenrechte sind auch in völkerrechtlichen Verträgen geregelt. In Europa gibt es die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK). Menschenrechte sind Rechte, die einem jeden Menschen ungeachtet aller seiner sonstigen Eigenschaften (Glauben, Volkszugehörigkeit, Geschlecht, etc.) zustehen.

Evtl. Video → <https://www.youtube.com/watch?v=Layaf3M3u6I>



## «Wirtschaft & Politik aktuell»

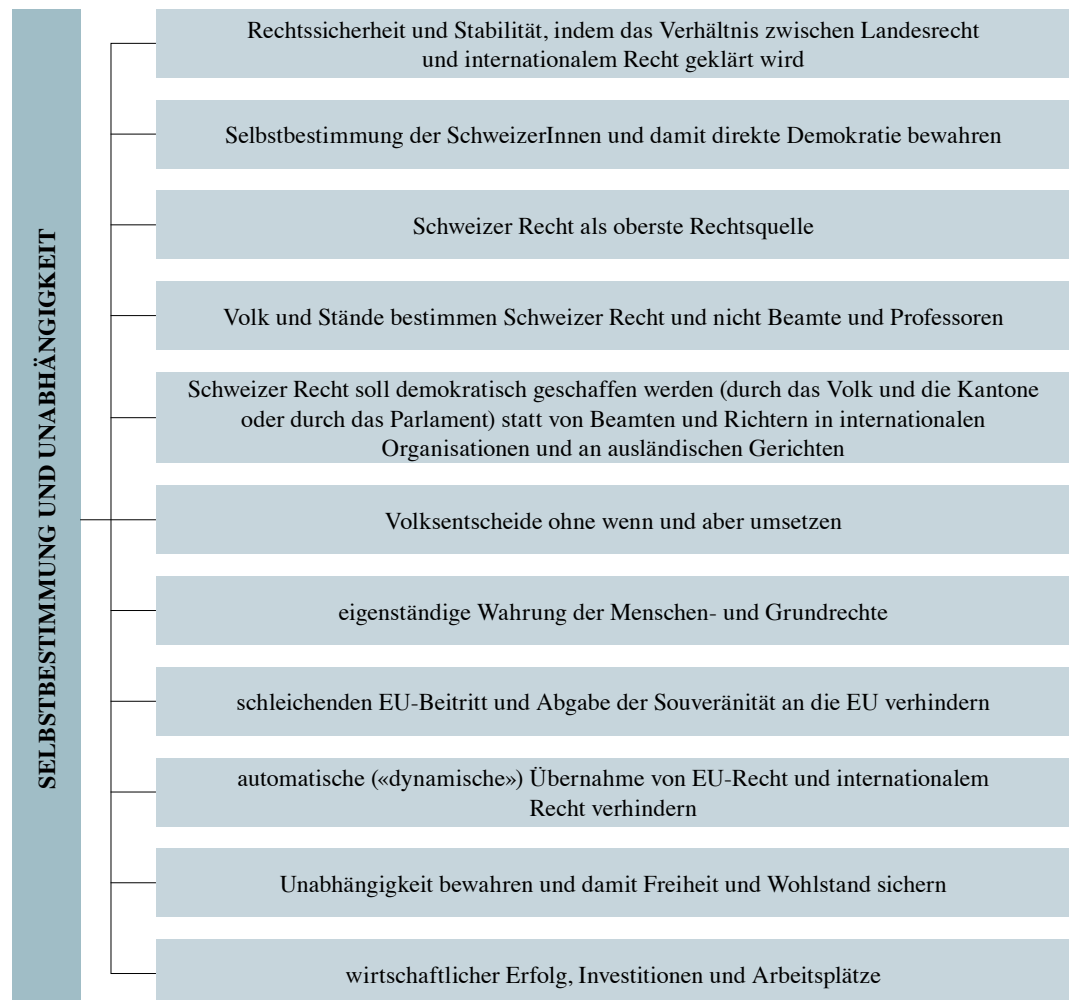
### 3 Inhalt der Initiative

Quelle: Botschaft des Bundesrates als PDF auf

<https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2017/5355.pdf>

Argumentation SVP: <https://www.svp.ch/kampagnen/uebersicht/selbstbestimmungsinitiative/>

**Grafik 2: Ziele der Initiative**



Quelle: eigene Darstellung

#### Aufbau der Initiative

Mit der Selbstbestimmungsinitiative sollen die Artikel 5 und 190 der Bundesverfassung ergänzt und es soll ein neuer Artikel 56a in die Verfassung eingefügt werden. Eine Übergangsbestimmung soll festhalten, dass die geänderten Verfassungsbestimmungen auf alle bereits bestehenden völkerrechtlichen Verpflichtungen anwendbar sind.

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

#### Art. 5 Abs. 1 und 4

<sup>1</sup> Grundlage und Schranke staatlichen Handelns ist das Recht. Die Bundesverfassung ist die oberste Rechtsquelle der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

<sup>4</sup> Bund und Kantone beachten das Völkerrecht. Die Bundesverfassung steht über dem Völkerrecht und geht ihm vor, unter Vorbehalt der zwingenden Bestimmungen des Völkerrechts.

## «Wirtschaft & Politik aktuell»

### Art. 56a Völkerrechtliche Verpflichtungen

<sup>1</sup> Bund und Kantone gehen keine völkerrechtlichen Verpflichtungen ein, die der Bundesverfassung widersprechen.

<sup>2</sup> Im Fall eines Widerspruchs sorgen sie für eine Anpassung der völkerrechtlichen Verpflichtungen an die Vorgaben der Bundesverfassung, nötigenfalls durch Kündigung der betreffenden völkerrechtlichen Verträge.

<sup>3</sup> Vorbehalten sind die zwingenden Bestimmungen des Völkerrechts.

### Art. 190 Massgebendes Recht

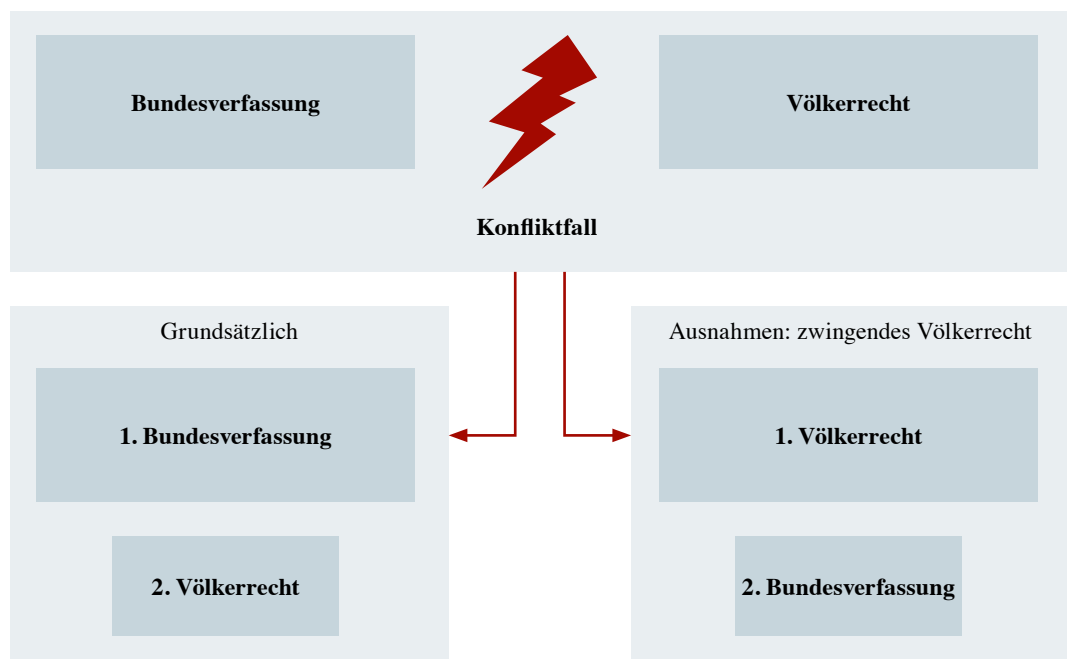
Bundesgesetze und völkerrechtliche Verträge, deren Genehmigungsbeschluss dem Referendum unterstanden hat, sind für das Bundesgericht und die anderen rechtsanwendenden Behörden massgebend.

### Art. 197 Ziff. 12<sup>1</sup>

12. Übergangsbestimmung zu Art. 5 Abs. 1 und 4 (Grundsätze rechtsstaatlichen Handelns), Art. 56a (Völkerrechtliche Verpflichtungen) und Art. 190 (Massgebendes Recht)

Mit ihrer Annahme durch Volk und Stände werden die Artikel 5 Absätze 1 und 4, 56a und 190 auf alle bestehenden und künftigen Bestimmungen der Bundesverfassung und auf alle bestehenden und künftigen völkerrechtlichen Verpflichtungen des Bundes und der Kantone anwendbar.

Grafik 3: Massnahmen der Initiative



Quelle: eigene Darstellung

## «Wirtschaft & Politik aktuell»

### 4 Argumentation der Pro-Seite

Quelle: <https://www.selbstbestimmungsinitiative.ch/argumente/>

#### Auftrag 2: Text 1 «JA zur Selbstbestimmung – JA zur Direkten Demokratie»

Lesen Sie den Text 1 «JA zur Selbstbestimmung – JA zur Direkten Demokratie», welcher die Position der Befürworter zeigt.

**Hinweis:** Der Text soll in der Halbkasse gelesen werden, damit anschliessend eine Diskussion zwischen den beiden Positionen gestartet werden kann.

#### JA zur Selbstbestimmung – JA zur Direkten Demokratie

In der Schweiz haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Rahmen von Volksabstimmungen das letzte Wort bei allen wichtigen politischen Entscheidungen. Diese weltweit einzigartige Selbstbestimmung in Form der bewährten direkten Demokratie hat der Schweiz Wohlstand, Freiheit und Sicherheit gebracht. Die Selbstbestimmungsinitiative sichert die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger als wichtigen Pfeiler des Erfolgsmodells Schweiz auch in Zukunft.

##### Bürgerinnen und Bürger bestimmen

Mittels Initiativen und Referenden können wir in der Schweiz bei allen wichtigen Vorlagen entscheiden. Dank diesem Recht behalten wir als Bürger die Kontrolle über unsere Rechtsordnung, unser Leben, unsere Heimat und unsere Zukunft.

##### Volksentscheide müssen gelten

Wir können in der Schweiz selber bestimmen, wie hoch unsere Steuern sind, ob und wie man unsere Landschaft vor Überbauung oder heimische Arbeiter vor Lohndumping schützt. Zentral für das Funktionieren unserer direkten Demokratie ist, dass Volksentscheide auch respektiert und umgesetzt werden.

##### Selbstbestimmung gefährdet

Internationale Gremien und Behörden weiten den Geltungsbereich der internationalen Verträge jedoch laufend aus. So setzen Politiker und Gerichte in letzter Zeit mit Verweis auf internationale Verträge Schweizer Volksentscheide nicht mehr oder nur teilweise um. Diese Tendenz führt zu Rechtsunsicherheit. So können beispielsweise verurteilte Straftäter nicht in ihr Herkunftsland zurückgeschickt werden, weil sie sich auf internationales Recht berufen. Oder die eigenständige Steuerung der Zuwanderung wird – trotz Volksentscheid – mit Verweis auf das Freizügigkeitsabkommen mit der EU nicht umgesetzt.

##### Direkte Demokratie schützen

Die Selbstbestimmungsinitiative schafft hier Klarheit und Rechtssicherheit. Demokratisches schweizerisches Verfassungsrecht ist in der Schweiz die oberste Rechtsquelle. Im Konfliktfall soll es gegenüber internationalem Recht Vorrang haben. Ausgenommen ist natürlich das zwingende Völkerrecht. Auch die Menschenrechte sind dadurch nicht tangiert, da diese bereits in unserer Verfassung festgeschrieben sind.

##### Ein JA zur Selbstbestimmungsinitiative

- sichert das Stimmrecht der Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft;
- schützt die direkte Demokratie und damit das Erfolgsmodell Schweiz;
- schafft Rechtssicherheit;
- erhält die rechtliche Selbstbestimmung der Schweiz.

## «Wirtschaft & Politik aktuell»

### 5 Argumentation der Contra-Seite

Quelle: <https://www.economiesuisse.ch/de/schwerpunkte/selbstbestimmungsinitiative>

Evtl. Video → [https://www.youtube.com/watch?time\\_continue=3&v=cljhf6iFCY](https://www.youtube.com/watch?time_continue=3&v=cljhf6iFCY)

oder <https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/schlecht-fuer-die-wirtschaft?id=2d006b96-8d6b-46a4-824a-3607a439f5e3>

#### Auftrag 3: Text 2 «economiesuisse»

Lesen Sie den Text 2 «Selbstbestimmungsinitiative (SBI)», welcher die Position der Gegner zeigt.

#### Selbstbestimmungsinitiative (SBI)

##### Die Initiative

- gefährdet 600 wirtschaftsrelevante Abkommen.
- verstösst gegen völkerrechtliche Prinzipien.
- lässt viele Fragen unbeantwortet und schafft Rechtsunsicherheit.
- gefährdet WTO-Verträge.
- schwächt die Schweiz als verlässliche Vertragspartnerin und isoliert sie international.
- setzt den bilateralen Weg mit der EU aufs Spiel.
- nimmt die Kündigung der Europäischen Menschenrechtskonvention in Kauf.

##### 600 Wirtschaftsabkommen betroffen

Als offene und international vernetzte Volkswirtschaft ist die Schweiz auf stabile vertragliche Beziehungen angewiesen. Diese sichern Marktzugang und den Schutz der eigenen Interessen – auch durch internationale Schiedsverfahren. Die SBI will ein funktionierendes System aushebeln. Rund 600 Abkommen mit wirtschaftsrelevantem Inhalt wären potenziell davon betroffen, darunter wichtige Abkommen in den Bereichen internationaler Handel, Investitionen oder geistiges Eigentum.

##### Verstoss gegen völkerrechtliche Prinzipien

Die Initiative destabilisiert die rechtliche Rahmenordnung der Schweiz und schafft grosse Unsicherheiten im In- und Ausland. Nicht zuletzt verstösst sie damit auch gegen international etablierte völkerrechtliche Prinzipien. So kann sich kein Land auf innerstaatliches Recht berufen, um die Nichterfüllung eines eingegangenen internationalen Vertrags zu rechtfertigen.

##### Unklare Formulierungen im Initiativtext

Der unklar formulierte und sich teils widersprechende Initiativtext lässt wichtige Fragen unbeantwortet (z. B. «nötigenfalls», «Widerspruch», ungeklärte Kündigungs-kompetenz). Damit schafft die Vorlage zusätzliche Rechtsunsicherheit.

##### WTO-Abkommen kaum neuverhandelbar

Im Falle neuer Verfassungsbestimmungen (z. B. Agrarpolitik), die im Widerspruch zu bestehenden WTO-Abkommen stünden, müssten diese neu verhandelt oder nötigenfalls gekündigt werden. Eine Anpassung der Abkommen auf dem Verhandlungsweg mit 164 WTO-Mitgliedern dürfte kaum gelingen. Eine Kündigung dieser Verträge hätte für die Schweizer Aussenwirtschaft schwerwiegende Konsequenzen.

##### Schweiz international im Abseits

Die Initiative untergräbt das Gleichgewicht von Rechten und Pflichten, indem sie selbst die Einhaltung von internationalen Abkommen nur noch unter Vorbehalt garantieren kann. Die Schweiz schwächt sich damit selbst als verlässliche Vertragspartnerin und isoliert sich international. Das Image des Wirtschaftsstandorts Schweiz würde damit Schaden nehmen und künftige Freihandelsverhandlungen massiv erschweren.

## «Wirtschaft & Politik aktuell»

---

### **Weiterführung des bilateralen Wegs auf dem Spiel**

Gemäss SBI müssen sämtliche internationale Abkommen der Schweiz neu verhandelt oder nötigenfalls gekündigt werden, sollten sie einer neueren Verfassungsbestimmung widersprechen. Dieser Dauervorbehalt gefährdet direkt den bilateralen Weg mit der EU (Widerspruch Bundesverfassung vs. Freizügigkeits- oder Landverkehrsabkommen).

### **Rechtlicher Schutz von Bürgern und Unternehmen geschwächt**

Die Initiative entbindet die Schweiz von der Verpflichtung, sich an die europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) zu halten und setzt damit die Mitgliedschaft im Europarat aufs Spiel. Dadurch gefährdet die Vorlage auch den rechtlichen Schutz von Schweizer Bürgern und Unternehmen in anderen Ländern, denn die EMRK beinhaltet u.a. das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren, die freie Meinungsäusserung oder den Schutz der Privatsphäre.

## «Wirtschaft & Politik aktuell»

### 6 Leitfragen

Beantworten Sie die folgenden Fragen zu Text 1 «JA zur Selbstbestimmung – JA zur Direkten Demokratie» und Text 2 «Selbstbestimmungsinitiative (SBI)».

**Hinweis:**

Die Fragen können in Halbklassen gelöst werden. Anschliessend können sich die Schüler gegenseitig ihre jeweilige Position vorstellen.

---

**Auftrag 4: JA zur Selbstbestimmung – JA zur Direkten Demokratie**

- 1) Weshalb sehen die Initianten die Selbstbestimmung in der Schweiz gefährdet?
- 2) Was versprechen sich die Initianten von der Selbstbestimmungsinitiative?
- 3) Weshalb finden die Initianten es zentral, dass die StimmbürgerInnen bei allen wichtigen politischen Entscheidungen das letzte Wort haben?
- 4) Was macht in den Augen der Initianten das «Erfolgsmodell Schweiz» aus?

**Auftrag 5: Selbstbestimmungsinitiative (SBI)**

- 5) Weshalb ist die Schweizer Volkswirtschaft auf stabile vertragliche Beziehungen angewiesen?
- 6) Inwiefern schafft die Initiative eine grosse Rechtsunsicherheit?
- 7) Wie schätzt economiesuisse die Auswirkungen der Selbstbestimmungsinitiative auf die Bilateralen Verträge mit der EU und die WTO-Abkommen ein?
- 8) Weshalb gefährdet die Initiative den rechtlichen Schutz von Schweizer Bürgern und Unternehmen?

## «Wirtschaft & Politik aktuell»

### 7 Gegenüberstellung von Pro- und Contra-Argumenten

#### Auftrag 6: Diskussion von Pro und Contra

Diskutieren Sie die Argumente der Pro- und Contra-Seite in der Klasse.

#### Hinweis:

Dieser Auftrag kann unterschiedlich gestaltet werden. Die Klasse wurde zuvor in Auftrag 2 und 3 bereits in zwei grosse Gruppen eingeteilt, welche jeweils eine Position vertreten. Eine Möglichkeit wäre, etwa drei Personen aus jeder Gruppe auszuwählen und eine Diskussionsrunde zu starten. Die restlichen Schüler dienen dabei als Publikum / Beobachter und die Lehrperson hat die Rolle des Moderators inne. Dieser Moderationsleitfaden kann als Hilfe zur Besprechung (einiger) der wichtigsten Punkte verwendet werden. Am Ende kann in der Klasse eine kurze Umfrage durchgeführt werden, um die Positionen und insbesondere deren Veränderungen festzustellen.

#### Moderationsleitfaden für die Lehrperson

##### Einführung

##### Begrüssung

- Kurze Einleitung zur Selbstbestimmungsinitiative (evtl. mit Video: «Schweizer Recht vor Völkerrecht» <https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/schweizer-recht-vor-voelkerrecht?id=635a42cc-8cad-48ac-bdf1-b7371e43751a&station=69e8ac16-4327-4af4-b873-fd5cd6e895a7>)
- Vorstellung der diskutierenden Personen/Positionen

##### Diskussionsthemen

Mögliche Fragen/Themenschwerpunkte sowie Einschätzung der Frage aus Sicht der Pro- bzw. Contra-Seite als Lösungshinweis für die Lehrperson:

- *Dringlichkeit*: Wie gross ist der Handlungsdruck in Bezug auf die Thematik der Selbstbestimmungsinitiative?
  - *Pro*: Die Schweiz befindet sich mitten in einem schleichenden EU-Beitritt und gibt immer mehr Souveränität an die EU ab. EU-Recht und Völkerrecht wird laufend automatisch übernommen. Volksentscheide werden nicht mehr umgesetzt. Die Initiative ist von grosser Dringlichkeit.
  - *Contra*: Gewisse Regelungen der Selbstbestimmungsinitiative beziehen sich auf Probleme, die sich in der Praxis gar nicht stellen. Die Bundesverfassung steht in der Schweizer Rechtshierarchie zuoberst. Gleichzeitig ist aber auch das Völkerrecht zu beachten. Ebenso klar ist das Verbot des Abschlusses völkerrechtlicher Verträge, die der Bundesverfassung widersprechen. Völkerrechtliche Verpflichtungen einzugehen, bedeutet keine Einschränkung, sondern Ausübung der nationalen Souveränität. Zudem kann bereits heute in unserer direkten Demokratie die Kündigung eines bestimmten Abkommens via Volksinitiative verlangt werden. Dies ist fokussierter und transparenter als die Initiative. Es besteht in keiner Weise Handlungsdruck.
- *Rechts(un)sicherheit*: Schafft die Initiative Rechtsunsicherheit?
  - *Pro*: Die Initiative schafft Klarheit und Rechtssicherheit, denn sie macht klar, dass im Konfliktfall das schweizerische Verfassungsrecht gegenüber internationalem Recht Vorrang hat.
  - *Contra*: Der unklar, fehlerhafte und vage formulierte und sich teils widersprechende Initiativtext lässt wichtige Fragen unbeantwortet. Damit schafft die Vorlage zusätzliche Rechtsunsicherheit und führt wohl gar zu mehr Gerichtsentscheiden, als zu weniger.
- *Selbstbestimmung/Fremdbestimmung*: Wie sieht das Verhältnis der Bundesverfassung und des Völkerrechts aus?
  - *Pro*: Internationale Gremien und Behörden weiten den Geltungsbereich der internationalen Verträge laufend aus. So setzten Politiker und Gerichte in letzter Zeit mit Verweis auf inter-

## «Wirtschaft & Politik aktuell»

- 
- ationale Verträge Schweizer Volksentscheide nicht mehr oder nur teilweise um. Die Schweiz wird fremdbestimmt von ausländischen Richtern, die Selbstbestimmung ist gefährdet.
- *Contra:* Die Schweiz geht internationale Verpflichtungen nur ein, wenn sie mit der Bundesverfassung im Einklang stehen und den Landesinteressen dienen. Verträge sind im Rahmen ihrer Fristen jederzeit kündbar. Auch Volksinitiativen können die Kündigung von internationalen Abkommen verlangen. Von Fremdbestimmung kann deshalb nicht die Rede sein.
  - *Menschenrechte:* Welche Auswirkungen hat die Annahme der Selbstbestimmungsinitiative auf die Menschenrechtssituation in der Schweiz?
    - *Pro:* Die Menschenrechte sind durch die Initiative nicht tangiert, da diese bereits in der Verfassung festgeschrieben sind. Die Schweiz hat international eine Vorreiterrolle, was Menschenrechte anbelangt.
    - *Contra:* Die Initiative entbindet die Schweiz von der Verpflichtung, sich an die europäische Menschenrechtskonvention zu halten. Die Menschenrechte sind zwar in der Verfassung festgeschrieben, aber das Schweizer Stimmvolk kann die Verfassung ändern – und allenfalls auch neue Verfassungsbestimmungen gegen die Interessen von Minderheiten einführen.
  - *Aussenpolitik:* Welche Chancen und Gefahren sehen Sie in der Initiative für die Schweiz als wirtschaftlicher und politischer Akteur auf der Weltbühne?
    - *Pro:* Durch die Selbstbestimmungsinitiative bewahrt die Schweiz ihre Unabhängigkeit. Dies führt zu grösserem Wohlstand, wirtschaftlichem Erfolg, Investitionen und Arbeitsplätze. Die Schweiz wird stärker als wirtschaftlicher und politischer Akteur auf der Weltbühne.
    - *Contra:* Durch die Annahme der Selbstbestimmungsinitiative stellt sich die Schweiz international ins Abseits. Die Schweiz wird als wirtschaftlicher und politischer Akteur auf der Weltbühne massiv geschwächt. Die künftige Aushandlung neuer Abkommen wird erschwert. Die Schweiz verstösst zudem gegen internationale Rechtsgrundsätze. Verträge sind grundsätzlich einzuhalten (pacta sunt servanda). Kein Staat kann sich auf innerstaatliches Recht berufen, um internationale Verpflichtungen nicht einzuhalten.
  - *Demokratie:* Ist die Initiative demokratisch?
    - *Pro:* Die Initiative sichert das Stimmrecht der BürgerInnen und schützt die direkte Demokratie. Durch die Initiative sollen Volksentscheide durchgesetzt werden. Die Initiative ist demokratisch.
    - *Contra:* Die Initiative will Behörden das Recht geben, wichtige völkerrechtliche Verträge zu kündigen, ohne die Stimmbevölkerung dazu zu fragen. Die Initianten wollen den aussenpolitischen Handlungsspielraum einschränken. Bevor man kündigt, müsste man aber demokratisch über die Vor- und Nachteile einer Vertragsauflösung diskutieren können. Der Schutz der Grund- und Menschenrechte, welcher ein wichtiger Pfeiler einer Demokratie ist, wird geschwächt. Die Initiative ist undemokratisch.
  - *Ausblick:* Wie geht es weiter, wenn die Vorlage angenommen oder abgelehnt wird?
    - *Pro:* Es gibt Verhandlungsspielraum, gerade mit der EU. Die EU und Staaten profitieren auch von Verträgen mit der Schweiz.
    - *Contra:* Die Schweiz könnte vom Europarat ausgeschlossen werden. Der Rechtsschutz des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte würde somit wegfallen. Handelsverträge müssen neu ausgehandelt werden. Die führende internationale Stellung unseres Wirtschaftsstandorts wäre gefährdet.



## «Wirtschaft & Politik aktuell»

### Abschluss

- Kurze Zusammenfassung
- Klassenumfrage

Wie würden Sie nach dieser Unterrichtseinheit abstimmen?

Ja	Nein	Enthaltung

- Wer hat seine Haltung durch die Auseinandersetzung mit dem Thema verändert?  
Wieso und in welche Richtung?

### Masseneinwanderungsinitiative

Das Schweizer Stimmvolk hat am 9. Februar 2014 die Masseneinwanderungsinitiative angenommen. Der Verfassungstext verpflichtet Bundesrat und Parlament, innert dreier Jahre ein neues Zulassungssystem einzuführen, welches der Schweiz künftig ermöglicht, die Zuwanderung zu steuern. Der Bundesrat hatte bereits vor der Abstimmung darauf hingewiesen, dass dieser neue Verfassungsartikel nicht mit dem Freizügigkeitsabkommen (FZA) mit der Europäischen Union (EU) vereinbar ist, und damit auch nicht mit den Bilateralen Verträgen.

- Eine Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, die kompatibel mit dem Freizügigkeitsabkommen und den Bilateralen Verträgen ist, den Zuwanderungsartikel in der Verfassung allerdings nicht vollständig umsetzt.
- Die wortgetreue Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, ohne Rücksicht auf Verlust hinsichtlich internationaler Verträge.

- Welche Umsetzung bevorzugen Sie?
- Würden Sie nun anders entscheiden als zum Beginn der Lektion?
- Begründen Sie Ihre Wahl und allfällige Differenzen zum erstmaligen Beantworten dieser Frage.

### Klassenstunde

Einmal wöchentlich hält Ihre Klasse eine Klassenstunde ab, welche sich dem Innenleben der Klasse widmet. Ihre Lehrperson und jegliche weiteren Autoritätspersonen halten sich dabei jeweils im Hintergrund, da die Klasse unter sich diskutieren und allfällige Traktanden demokratisch abhandeln soll. Ihre Mitschülerin Franziska Frechdachs schlägt vor, demokratisch abzustimmen, welche(r) MitschülerIn verprügelt werden soll.

- Das Verfahren ist völlig legitim, da die Klasse aus mündigen Subjekten besteht, welche durch eine demokratische Abstimmung einen Mehrheitsentscheid treffen.
- Die Abstimmung lässt sich nicht mit den Regeln der Schulleitung vereinbaren. Es gilt, die Regeln der Schulleitung zu beachten, welche die Unversehrtheit der Schüler schützt.

- Wie stehen Sie jetzt zu diesem Verfahren?
- Würden Sie nun anders entscheiden als zum Beginn der Lektion?
- Begründen Sie Ihre Wahl und allfällige Differenzen zum erstmaligen Beantworten dieser Frage.
- Welche allfälligen Bezüge, Parallelen oder auch Unterschiede sehen Sie bei den Thematiken bezüglich Fragen zur Masseneinwanderungsinitiative und der Klassenstunde?

## «Wirtschaft & Politik aktuell»

### Quellenverzeichnis

---

#### Videos

<https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/bundesrat-zu-selbstbestimmungsinitiative?id=5e7fe907-b2ec-43d6-bd55-b267d0854519> (Einstieg)

<https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/kampf-um-selbstbestimmung?id=7615bb03-1821-46af-b09e-04272762768b&station=69e8ac16-4327-4af4-b873-fd5cd6e895a7> (Einstieg)

<https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/schweizer-recht-vor-voelkerrecht?id=635a42cc-8cad-48ac-bdf1-b7371e43751a&station=69e8ac16-4327-4af4-b873-fd5cd6e895a7> (Einstieg und Diskussion)

[https://www.youtube.com/watch?time\\_continue=3&v=cljhfm6iFCY](https://www.youtube.com/watch?time_continue=3&v=cljhfm6iFCY) (Argumentation Gegner)

<https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/schlecht-fuer-die-wirtschaft?id=2d006b96-8d6b-46a4-824a-3607a439f5e3> (Argumentation Gegner)

<https://www.srf.ch/play/tv/news-clip/video/direkte-demokratie-in-der-schweiz?id=0b515c2d-5c87-4c48-a64f-89a814510160> (Direkte Demokratie)

<https://www.youtube.com/watch?v=Layaf3M3u6I> (Menschenrecht)

<https://www.youtube.com/watch?v=I4vu1BJNElg> (Völkerrecht)

#### Texte

Argumentarium economiesuisse als PDF auf

<https://www.economiesuisse.ch/de/dossier-politik/selbstbestimmungsinitiative>

Positionspapier economiesuisse als PDF auf

<https://www.economiesuisse.ch/de/publikationen/positionspapier-zur-selbstbestimmungsinitiative-sbi>

Argumentation SVP als PDF auf

[https://www.svp.ch/wp-content/uploads/Argumentarium\\_Selbstbestimmungsinitiative-d-2.pdf](https://www.svp.ch/wp-content/uploads/Argumentarium_Selbstbestimmungsinitiative-d-2.pdf)

Positionspapier JA zur Selbstbestimmungsinitiative als PDF auf

<https://www.selbstbestimmungsinitiative.ch/argumente/>

Botschaft des Bundesrates als PDF auf

<https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2017/5355.pdf>